

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 — Telephon 53077 — Herausgeber: Siegfried Laub — Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Organisierte Kultur-Gleichschaltung

Der Freispruch der Velgo

Soziale Mängel in der Landwirtschaftlichen Gesetzgebung

Kallo — Präsident von Finnland

Eine Hoffnung Hitlers zunichte

Helsingi. Zum Präsidenten der Republik Finnland wurde der bisherige Ministerpräsident Kallo, Repräsentant der Agrarpartei, mit 177 Stimmen gewählt.

Die Wahl erfolgte im zweiten Wahlgang und wurde durch die Stimmen der sozialdemokratischen Partei entschieden. Im ersten Wahlgang gab die Sozialdemokraten ihre Stimmen dem liberalen Kandidaten Stahlberg, der 150 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Da diese Zahl jedoch nicht die absolute Mehrheit erbrachte, war der zweite Wahlgang notwendig. In diesem erhielt der bisherige Präsident Swinhun 104 Stimmen. Dessen Mißerfolg ist außenpolitisch gesehen, zugleich eine Niederlage Deutschlands.

Der neu gewählte Präsident der Republik Finnland, Ahti Kallo, war Vertreter des Direktors der Bank von Finnland. Er wurde im Jahre 1873 geboren und widmete sich hauptsächlich den landwirtschaftlichen Fragen, insbesondere dem Genossenschaftswesen. Im Jahre 1908 stand er an der Spitze der finnländischen Agrarpartei und gehörte seit 1904 dem Parlament an, dessen Vorsitzender er im Jahre 1920, 1924 und 1927 sowie ununterbrochen seit dem Jahre 1929 war. Einige Male war er Vorsitzender der Regierung. Die gegenwärtige Regierung bildete er im September 1930.

„Phantastische und böswillige Erfindungen“

Warschau. Am Montag wurde ein offizielles Kommuniqué veröffentlicht, in welchem erklärt wird, daß die in einigen ausländischen Blättern veröffentlichten Gerüchte über geplante Beratungen des preussischen Ministerpräsidenten Göring über die Angliederung Danzigs an Deutschland gelegentlich der Jagd in den Urwäldern von Bielowieza als „phantastische und böswillige Erfindungen“ angesehen werden müssen.

Es handelt sich um Informationen der Pariser Presse, daß die Rückkehr Danzigs zum Reich gegen einen endgültigen deutschen Verzicht auf den Korridor das Ziel der Verhandlungen Görings anlässlich seines Jagdaufenthaltes in Polen sein werde. Diese Informationen gehen auf eine kürzliche Äußerung des Herrn Goebbels zurück, daß die Danziger Frage „schon in der nächsten Zeit ein für allemal erledigt werden wird“.

Faulhaber protestiert gegen die Verletzungen des Konkordats

München. Kardinal Dr. Faulhaber hielt Sonntag in der St. Michael-Kirche eine sensationelle Predigt, worin er sich gegen eine Reihe von Verletzungen des Konkordats wandte. Der Kardinal führte besonders über die Verschlagnahme verschiedener Hirtenbriefe, die Schließung der Bekenntnisschulen, die Verhaftung katholischer Geistlicher, die Entlassungen zahlreicher katholischer Geistlicher und Nonnen aus ihren Posten als Jugendzieher und die Verleumdung vieler hoher und höchster kirchlicher Würdenträger Beschwerde.

Das Konkordat sei im Jahre 1932 als freier Vertrag abgeschlossen worden und könne daher nicht gerissen werden. Man könne heute offen aussprechen, daß das Konkordat nur abgeschlossen worden sei, um Zeit zu gewinnen, und daß jetzt die Zeit gekommen sei, alle kirchlichen Einflüsse auszuschalten. Der katholischen Würdenträger hat sich Bergeweißung bemächtigt und sie sagen: „Mit dem Konkordat werden wir unsere Köpfe verlieren, ohne es würde man uns enthaupten und durch die Strahlen schleifen. Worin besteht da also der Unterschied?“

Kardinal Faulhaber betonte, daß seine Worte einen nochmaligen Versuch darstellen, um mit den nationalsozialistischen Stellen zu einer Verständigung zu gelangen. Wenn man das Konkordat fallen ließe, so würde das im Ausland dem Vertrauen, das man Deutschland entgegenbringen soll, einen schweren Schlag versetzen.

Frankreichs Geduld hat eine Grenze

Marseille. Der Minister für die Kolonien, der sozialistische Abgeordnete **Marius Moutet**, sagte in Besprechung der spanischen Frage, daß Frankreich den Grundsatz der Nicht-Einmischung in die spanischen Angelegenheiten respektiere, doch dürfe seine Besonnenheit und Geduld nicht allzulangere Proben ausgesetzt werden. Wenn die Konferenz für die internationale Kontrolle durch die Schuld der faschistischen Staaten scheitern würde, könnte der Frieden bedroht werden. Der Minister hofft, daß diese Staaten ihre Handlungsweise überlegen und zurückweichen werden, wenn sie die feste Entschlossenheit der demokratischen Staaten zur Sicherung des Friedens durch den Grundsatz der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens sehen werden.

Doch Freiwilligenverbot und Kontrolle?

London. Im Foreign Office gelangte das Subkomitee des Nicht-Einmischungsausschusses zu einem Einvernehmen über das Abkommen, durch welches die Anwerbung und die Entsendung ausländischer Freiwilliger nach Spanien verboten wird.

Das Verbot soll am 20. Feber um Mitter-

nacht in Kraft treten. Ein Einvernehmen wurde auch über das Projekt der Kontrolle erzielt demzufolge an den spanischen Land- und Seezugängen ab 6. März ein Korridor errichtet werden soll, um so den Transport von Kriegsmaterial und Freiwilligen für die beiden Bürgerkriegsparteien zu verhindern. Diese Empfehlungen werden in der diensttägigen Plenarsitzung des Nicht-Einmischungsausschusses behandelt werden, in der aber ihre Annahme sicher ist.

Madrider Südfront hält stand

Verteidigungsausschuß verlangt durchgreifende Maßnahmen

Madrid. Der Ausschuss für die Verteidigung der Hauptstadt teilt mit: Der neue Versuch der Aufständischen, die Front der republikanischen Armee südlich von Madrid zu durchbrechen, ist vollständig gescheitert. Die republikanischen Flieger bombardierten die Positionen bei San Martin de la Vega, wo starke Zusammenziehungen der Aufständischen-Abteilungen beobachtet worden sind.

Am Sonntag sind drei Mitglieder des Ausschusses für die Verteidigung der Hauptstadt nach Valencia abgereist, um der Regierung ein Memorandum zu überreichen, in dem es heißt:

Die Belagerung Madrids dauert bereits drei Monate an. In dieser Zeit hat der Ausschuss für die Verteidigung, der die gesamte antifaschistische Bevölkerung umfaßt, gearbeitet, um die Einnahme der Hauptstadt zu verhindern. In der Mitternacht wurde eine musterhafte Disziplin geschaffen, die Streitkräfte wurden reorganisiert.

Die Ereignisse der letzten Tage, insbesondere die Befreiung Valencias und die Offensive im Frontabschnitt beim Jarama-Fluß, erfordern unumgänglich alle notwendigen und dringenden Maßnahmen, welche eine mächtige Offensive an allen Fronten ermöglichen würden. Wir verlangen demnach, daß unsere Regierung raschestens die allgemeine Militärdienstpflicht verkünde, daß sie zweifelhafte und verdächtige Elemente von allen Posten ausschleife und daß sie schließlich den Oberbefehl an allen Fronten vereinheitliche.

Valencia bombardiert

Am Sonntag wurde Valencia von der Artillerie der Aufständischen-Schiffe während ungefähr fünf Minuten heftig bombardiert. Eine Menge Granaten fielen in die Stadt und drei von ihnen im Zentrum auf die Kolonnenstraße. Man glaubt, daß die Bombardierung Opfer gefordert hat, ihre Zahl aber ist noch nicht bekannt.

Bei dem Bombardement wurden 20 Personen getötet und 60 verletzt.



Zu dem Angriff südöstlich von Madrid Zwischen Villaverde und Cienpueuelos sind die Faschisten gegen den Jarama und die Straße Madrid-Arganda-Valencia vorgestoßen, der sie bei Vaciamaadrid sehr nahe gekommen sind.

Wirtschaftsrat der Kleinen Entente tagt

Dubrovnik. Montag vormittags wurde im großen Saal des Hotels „Imperial“ in Dubrovnik die 9. Tagung des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente durch eine Rundgebung des Handelsministers Dr. **Branic** eröffnet, der die Ergebnisse der Tätigkeit des Wirtschaftsrates im vergangenen Jahre rekapituliert und hervorhob, daß die wichtigsten Aufgaben in dieser Tagung gelöst werden sollen. Es handelte sich in erster Linie um den Wirtschaftsplank für das ganze Jahr 1937. Ferner erklärte er, daß die Kleine Entente aus dieser Tagung gestärkt hervorgehen werde, so daß sie die Iudenzmänglichkeit ihrer Existenz unter Beweis stellen können.

enge und intensive Zusammenarbeit der Staaten der Kleinen Entente sichern würde.

Für die rumänische Delegation sprach der ehemalige Minister **Todorescu**. Er gab bekannt, daß die rumänische Delegation in dieser Tagung am aktivsten sein werde, weil sie möglichst tragbare Ergebnisse wünsche.

Balkan-Entente tagt in Athen

Athen. Montag früh sind die Delegationen Jugoslawiens, Rumaniens und der Türkei zur Konferenz des Rates der Balkan-Entente in Athen eingetroffen, wo sie vom Ministerpräsidenten **Metaxas** herzlich begrüßt wurden. An der Spitze der auswärtigen Delegationen stehen der jugoslawische Ministerpräsident **Stojadinovic**, der rumänische Außenminister **Antonescu** und der türkische Außenminister **Rudhik Aras**. Die Konferenz begann Montag nachmittags im Außenministerium und wird bis Donnerstag dauern.

Ein Freispruch

In Brunn ist eben ein Nordprozess zu Ende gegangen, den Laufende mit härtester Anteilnahme verfolgten und bei dessen Verichterhaltung die Zeitungen wahrhaftig nicht bloßem und niedrigem Sensationsstachel zu dienen hatten, sondern in weit stärkerem Maße dem Volksbedürfnis, die volle Wahrheit über einen schrecklichen Grenzfall menschlicher Leidenschaft zu erfahren und schließlich zu sehen, wie Berufs- und Volkssrichter über die Ermordung des Gerichtsrates **Velgo** Recht sprechen würden. Und nun ist festzustellen, daß die Menschen, die zuerst nach der blutigen Tat und nun während der Dauer des Prozesses diesem Kriminalfall außerordentliche Aufmerksamkeit zuwenden, jetzt in leidenschaftlicher Weise das Urteil diskutieren, das gefällt wurde.

Die Diskussion begann eigentlich schon während der Verhandlungen. Denn gar manches trug sich in diesem Prozeß zu, das dem natürlichen Rechtsbewußtsein breiter Massen nicht ganz entsprach; man konnte es wohl verstehen, daß Richter und Staatsanwalt bemüht waren, den ermordeten Gerichtsrat, der ja seine gewiß außerordentliche menschliche Schuld auf fürchterliche Weise sühnen mußte, nicht über das Grab hinaus noch in peinlichster Weise belastet zu lassen; aber weil doch eben weder Schwestern noch Neben ihn hätte wieder lebendig machen können und weil darüber hinaus keine zarte Rücksicht durch die Richter das moralische Urteil mehr bannen konnte, daß dieser Gerichtsrat ein recht abscheuliches Leben geführt hatte, so hätte man erwarten können, daß dieses sein Leben vor Gericht in aller nötigen Deutlichkeit ausgebreitet würde, auf daß nur ja kein Ueberlebender mit mehr Schuld belastet würde, als ihm zuzuliege. Man hätte die Anträge, die da gestellt wurden, in geheimer Beratung mit Ausschluß der Öffentlichkeit prüfen können und hätte damit nach der Ueberzeugung des überwiegenden Teiles des Volkes der Gerechtigkeit mehr gebietet als durch eine Pielat, die zudem vielleicht weniger allgemein menschlich als vielmehr gesellschaftlich bestimmt war. Und vermutlich wäre auf solche Weise zwar die innere Einstellung der Geschworenen zur Schuld der Marie **Velgova** noch verständnisvoller geworden, wohl aber wäre ihr Wahrpruch dem näher gekommen, was dem Denken und Fühlen jener entspricht, die unter allen Umständen Sühne für gewalttätig verpfändetes Blut fordern. Freilich aber hatten die Geschworenen gerade das am meisten zu bedenken, daß ihre Antwort auf die zusätzliche Frage des unwiderstehlichen Zwanges mit Mehrheit vernennend, die **Velgova** wahrscheinlich einer unverhältnismäßig drakonischen Strafe, ja vielleicht dem Strang ausgeliefert hätte. Wohl hätte die neue gesetzliche Bestimmung aus dem Jahre 1934 die Geschworenen zu dem Versuch instandgesetzt, in einer Beratung mit den Berufsrichtern vor dem Urteil die etwa eines Todeswürdigen Verbrechens als schuldig Erkantte gegen ein Todesurteil in Schutz zu nehmen und sogar sich über die Strafe auszusprechen, die nach dem Ermessen der Berufsrichter die Beschuldigte zu treffen habe. Aber es ist eben nicht von der Hand zu weisen, daß gerade in diesem Falle die Geschworenen vielleicht auch in dieser Möglichkeit keine Sicherung gegen Todesstrafe oder Lebenslänglichen, zumindest jahrzehntelangen Kerker zu erblicken wagten. So aber, wie die Geschworenen am Sonntag falllos votierten, mußte Marie **Velgova** freigesprochen werden.

Es scheint uns, als ob dieser Prozeß und sein Ausgang geradezu klassisch lehrten, wie unvollkommen, ungenügend, unbefriedigend und gebrechlich in diesem Punkte unser Strafrecht und unsere Prozeßordnung sind. Denn schließlich ist, wie dieser Fall beweist, dem Recht und dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht immer entsprochen, wenn dem Geseh Genüge getan ist. Es darf nicht verhehlt werden, daß dieser Freispruch auf viel Widerstand stößt und, wie es scheint, durchaus nicht auf einen, den Rache- und Wutgedanken auslösen, sondern durchaus sittliche Empfindungen und Erwägungen. Es gelingt eben wohl fast niemandem, den Freispruch der Marie **Velgova** ruhig im Gedanken daran hinzunehmen, daß Welt und Menschen durch den gewalttätigen Tod des Herrn **Velgo** nichts verloren haben und daß es sich bei der **Velgova** weniger um eine Kriminelle als um eine tragische Schuld handle, die sie durch ihr elendes Leben, durch das folternde Verhufte ihrer Tat, durch die harten Monate der Untersuchungshaft, durch die Qual der Verhöre und Verhandlungen und durch die Mart-

